

Frauke Petry in Pforzheim

Dank der Merkelschen Politik und der linksgrünen Verblödungsseuche befindet sich Deutschland nicht nur in akuter Schiefelage, sondern schlichtweg am Rande des Wahnsinns: Undenkbar, dass sich früher politische Spitzenkräfte (sofern man heute überhaupt noch davon sprechen kann) für die Einführung von Kinderehen, den Personenschutz und die Liebhätschelung von syrischen Bombenlegern, der Verharmlosung von verheerenden Anschlägen, sowie den sexuellen Übergriffen gegenüber Frauen und Minderjährigen von Seiten der „Traumatisierten“ positiv ausgesprochen hätte. Doch das rot-blaue Medi-Kit in Gestalt der AfD ist längst am Wirken.

(Von PI-Pforzheim)

Mit der bevorstehenden Bundestagswahl im Herbst 2017 soll ein weiteres Kapitel aufgeschlagen werden, um die Landesvertreter aus dem Lager von Stasi-Merkel und ihrer neokommunistischen Politposse ein für alle mal in die Schranken zu verweisen.

Im Rahmen des bundesdeutschen Wahlkampfauftaktes gab sich die Parteisprecherin Dr. Frauke Petry am gestrigen Freitagabend die Ehre, im bis in den letzten Winkel besetzten Pforzheimer Kongresszentrum aufzutreten: „Brauchen wir eine neue Politik?“ lautete der Titel des zirka einstündigen Vortrags, der sich nicht nur mit der desolaten Lage unseres einstmals so großartigen Landes, sondern auch mit Lösungsansätzen zu verschiedenen Themen beschäftigte. „Unter Merkel verspielt Deutschland alles – wirtschaftlich wie sozial“, brachte Petry den national-suizidalen Trip auf den Punkt, auf dem wir uns derzeit und mit einer absoluten Höchstgeschwindigkeit befinden. Petry forderte dabei ein klares Bekenntnis zur deutschen Geschichte, zur deutschen Kultur und zur deutschen Sprache: Ohne falsche Rücksichtnahme auf andere, und schon gar nicht auf den Islam! So wären das Grundgesetz und die Scharia

in keinster Weise miteinander kompatibel, Kinderehen seien rigoros abzulehnen, wenngleich die Dunkelziffer weitaus höher ist, als der erste Blick zunächst vermuten lässt. Generell sollten Migranten weder Sonderrechte noch Extrawürste eingeräumt werden, sondern immer das Wohl und das Interesse des deutschen Staatsbürgers an erster Stelle stehen.

Weder am Euro noch am rot-grünen Bildungsplan lies die Parteivorsitzende ein gutes Haar, um mit dem Satz „Dumme lassen sich eben leichter regieren“ nochmals zu unterstreichen, was das unheilvolle Zusammenspiel aus linksgrüner Politik, Medien und Wirtschaft mit unserem Land geplant hat. Petry forderte einen „fundierten Unterricht im klassischen dreigeteilten Schulsystem anstatt unerträglicher Gendersoße bereits ab dem frühesten Kindesalter.“ Der Euro gehöre konsequent abgeschafft und die Rückkehr zu einer eigenen Währung eingeleitet, genauso wie eine radikale Reformation des öffentlich-rechtlichen Rundfunksystems. Dass es innerhalb so kurzer Zeit noch viele weitere relevante wie brisante Themen zu erörtern gab, verstand sich innerhalb des Vortrages ganz von selbst. Trotzdem machte Petry innerhalb von 60 Minuten nur zu offenkundig deutlich, dass Deutschland in seiner jetzigen Verfassung das genaue Gegenteil eines zukunftsfähigen Landes ist. Bereits jetzt schon wäre Deutschland im internationale Patente-Ranking auf Platz sieben abgerutscht, pro Jahr würde über 15 Milliarden Euro für Kriegseinsätze verschleudert, Dank des Zerfalls der Infrastruktur, des einstmals funktionalen Bildungssystems und der zunehmenden Verarmung wäre das Abdriften auf Zweite-Welt-Niveau allzu offensichtlich und allgegenwärtig.

Markus Frohnmaier, Sprecher der Jungen Alternative in Baden-Württemberg und Frauke Petrys Pressesprecher betonte, „die jetzige Bundesregierung könne zwischen 60 Geschlechtern unterscheiden, aber wohl nicht zwischen Flüchtlingen und Terroristen!“ Mit einem Zuwachs von 400.000 Straftaten alleine im vergangenen Jahr könne von Fachkräften oder kultureller

Bereicherung keine Rede mehr sein! Vor allem der Islam dürfe kein Milderungsgrund sein, um bestialische Verbrechen anhand des ethnisch-kulturellen Hintergrundes zu rechtfertigen, beziehungsweise diese mit sozialpädagogischem Sonderurlaub anstatt dem vollem Strafmaß und einer konsequenter Abschiebung zu versehen. Genau dies will die AfD jedoch bewirken, wobei Frohnmeier mehrere parteiliche Inhalte zur sinnvollen Handhabung von ausländischen Straftätern nennt:

- Opfer- statt Täterschutz!
- das Mindeststrafmaß bei Sexualdelikten deutlich anheben
- kein Ermessensspielraum bei der Abschiebung krimineller Ausländer

Einen hervorragenden Eindruck machte auch der Bundestagskandidat für Pforzheim und den Enzkreis, Waldemar Birkle: als Russland-deutscher Aussiedler selbst stets um Integration bemüht, verglich das Mitglied im kommunalen Stadtrat die derzeitige Politik von Merkel und Co. mit einem miesen, gefakten Fußballspiel, bei dem beide Teams auf nur ein Tor spielen, die Schiedsrichter blind oder bestochen sind und sich nur ein kleiner Teil des Publikums – nämlich der in rot-blau – dagegen wehrt. Die deutschen Medien hätten ihre Konsumenten in einen Zustand der Massenhypnose versetzt, während Kriminalität en Masse nach Deutschland importiert würde, wobei sich sowohl die Importeure selbst als auch diejenigen, die tatenlos dabei zusehen, der Mittäterschaft schuldig machen, so Birkle.

Kreissprecher Alfred Bamberger erinnerte noch einmal an das stets und höchst erfolgreiche Abschneiden der AfD in Pforzheim, wobei der Stadtteil Buckenberg einen Spitzenwert von 46 Prozent zur letzten Landtagswahl erreichen konnte. Selbstverständlich wolle man diese Erfolge wiederholen, um Pforzheim auch in Zukunft zu einer Hochburg der Alternativen zu machen. „Unsere Politik ist eine klare Ansage des Volkes“, so Bamberger wortwörtlich.

Draußen vor dem Kongresszentrum hatte sich ein erbärmliches Häufchen an linken Idioten versammelt und geglaubt, dieser geballten Ladung an Kompetenz, Fachwissen und gesundem Patriotismus entgegen treten zu können. Mit dem unscheinbaren wie schlichtweg wertlosen Flugblatt „Ein offener Brief an die AfD-Wähler“, der von einem gewissen Stephan Hebel (anscheinend Gastautor der Stuttgarter „Kontext: Wochenzeitung“) verfasst wurde, sollten auf eine fast schon rührend-naive Weise alle Pforzheimer „Wutbürger“, „Besorgtbürger“ und „Reichsbürger“ davor bewahrt werden, ihr nächstes Kreuz bei den Alternativen zu machen. Auch diese würden angeblich keine plausiblen Lösungsansätze bieten, was die Umverteilung von Arm und Reich durch ein gerechteres Steuersystem, die deutsche Bürokratie und den Flüchtlingen als vermeintliche Sündenböcke dafür betrifft.